

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Jutta Steinruck und Ingeborg Sahler-Fesel (SPD)

und

## Antwort

des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen

### Internationaler Frauentag 2009

Die **Kleine Anfrage 2043** vom 5. März 2009 hat folgenden Wortlaut:

Weltweit wird am 8. März der Internationale Frauentag begangen. In diesem Jahr steht der Tag unter dem Motto „Frauen bestimmt! Auf uns kommt es an“. Ziel der geplanten Aktionen ist es, auf die Forderungen von Frauen nach Chancengleichheit, gleicher Teilhabe, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Entgeltgleichheit aufmerksam zu machen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für erforderlich, um die Beschäftigungssituation von Frauen in Rheinland-Pfalz zu verbessern?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Einführung von Mindestlöhnen vor dem Hintergrund, dass Frauen besonders häufig im Niedriglohnbereich beschäftigt sind und meist nicht über existenzsichernde Einkommen verfügen?
3. Wie hoch ist aktuell der Frauenanteil bei den hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamtinnen/Wahlbeamten?
4. Welche Maßnahmen für eine bessere Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst ergreift und unterstützt die Landesregierung?

Das **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 16. März 2009 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen nimmt zu, auch in Rheinland-Pfalz. Die Frauenerwerbsquote liegt derzeit bei 68,6 Prozent (Männererwerbsquote: 82,2 Prozent). Trotz vieler Fortschritte in den vergangenen Jahren gibt es immer noch Bereiche, in denen Frauen nicht dieselben Chancen haben wie Männer:

- so bekommen Mädchen schwerer einen Ausbildungsplatz als Jungen, obwohl sie häufig über bessere Schulabschlüsse verfügen,
- verdienen Männer zum Beispiel nach wie vor deutlich mehr als Frauen, und zwar unabhängig von Wirtschaftsbereichen und Qualifikationsstufen,
- haben Frauen die schlechteren Aufstiegschancen und sind seltener in Führungsfunktionen vertreten.

Um die Erwerbsarbeit von Frauen auch unter qualitativen Gesichtspunkten zu sichern und zu fördern und ihnen die gleichen beruflichen Entwicklungschancen wie Männern zu eröffnen, sind noch weitere Anstrengungen notwendig.

Diese Anstrengungen müssen sich unter anderem beziehen auf

- die Berufswahlorientierung von Mädchen, besonders im Hinblick auf zukunftsorientierte Bereiche,
- den Abbau der Entgeltunterschiede zwischen Frauen und Männern,
- die Förderung von Frauen in Führungspositionen in der Privatwirtschaft,
- vereinbarkeitsfördernde Maßnahmen für Frauen und Männer vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen,
- die Unterstützung von Frauen bei der Berufsrückkehr nach der Familienphase.

Die Landesregierung hat in diesem Zusammenhang bereits eine Vielzahl an unterschiedlichen Maßnahmen und Projekten initiiert, zum Beispiel

b. w.

- das Ada-Lovelace-Projekt und die Unterstützung des Girls‘ Day,
- die Förderung von Unternehmen im Rahmen des Audits „Beruf und Familie“ und der Informationsstelle für innovative Arbeitszeitmodelle, ZeitZeichen,
- die Beratungsstellen „Frau & Beruf“ und das Arbeitsmarktpolitische Programm für Berufsrückkehrerinnen.

In der Verantwortung stehen vor allem aber auch die Unternehmen selbst, wenn es um die Verbesserung der Beschäftigungssituation von Frauen geht. Sie können es sich – unter anderem vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung – nicht leisten, auf hoch qualifizierte und aufstiegsorientierte Frauen zu verzichten.

Zu 2.:

Die rheinland-pfälzische Landesregierung setzt sich bereits seit Jahren für eine gesetzliche Lohnuntergrenze ein, damit gute Arbeit auch entsprechend entlohnt wird. Das Thema Mindestlohn ist nicht nur eine Frage der gerechten Entlohnung, sondern auch der Verhinderung von Altersarmut. Das gilt besonders für Frauen, denn sie arbeiten häufig in Bereichen, die noch nicht einmal ein existenzsicherndes Einkommen bei einer Vollzeitbeschäftigung ermöglichen. Frauen stellen mit einem Anteil von rund 70 Prozent die große Mehrheit der Niedriglohnbeschäftigten.

Es ist daher besonders begrüßenswert, dass im Rahmen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes in sechs weiteren Branchen Mindestlöhne eingeführt werden. Neben der Entsorgungsbranche, dem Wach- und Sicherheitsgewerbe, den Bergbauspezialarbeiten, der Fort- und Weiterbildung und den industriellen Großwäschereien wird mit der Pflegebranche ein Bereich einbezogen, in dem überwiegend Frauen beschäftigt sind. Von den in Rheinland-Pfalz in der ambulanten und stationären Pflege tätigen rund 35 000 Beschäftigten sind allein rund 30 000 Frauen.

Zu 3.:

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz (Stand: 31. Dezember 2008) werden von insgesamt 24 Landkreisen drei von Frauen geleitet (12,5 Prozent), gibt es eine Oberbürgermeisterin in zwölf kreisfreien Städten (8,3 Prozent) und stehen bei insgesamt 163 Verbandsgemeinden sieben Frauen (4,3 Prozent) und in den insgesamt 37 verbandsfreien Gemeinden zwei Frauen (5,4 Prozent) an der Spitze.

Vor dem Hintergrund der geringen Repräsentanz von Frauen in diesem Bereich hat das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen im April 2008 mit mehr als 20 Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern die landesweite Kampagne „FRAUEN machen Kommunen stark“ initiiert. Ziel ist es, den Anteil von Frauen in den kommunalpolitischen Gremien langfristig zu erhöhen. Die Kampagne möchte Frauen Mut machen, sich für ein Mandat zu bewerben. Sie richtet sich darüber hinaus auch an die Wählerinnen und Wähler und fordert diese auf, mehr Frauen zu wählen.

Zu 4.:

Der dritte Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes hat gezeigt, dass in vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung Erfolge vermeldet werden können. Er hat aber auch gezeigt, dass Frauen in Führungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert sind. Zum Stichtag 30. Juni 2007 lag der Anteil der Frauen in Führungsfunktionen unter 25 Prozent.

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen entwickelt daher gemeinsam mit Vertreterinnen des Interministeriellen Ausschusses für Frauenfragen (IMA) ein Mentoring-Programm für weibliche Führungskräfte in der Landesverwaltung von Rheinland-Pfalz. Junge Frauen sind heute hochqualifiziert und widmen sich mit Energie und Engagement ihrer Ausbildung und Berufsplanung. Ihre Leistungen stehen denen von Männern in nichts nach. Trotzdem sehen sich Frauen, gerade wenn sie eine Führungsposition anstreben, mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Sie erfahren, dass Erfolg nicht nur eine Frage von Qualifikation, Leistung und Einsatzbereitschaft ist, sondern dass sich in den bisweilen wenig durchschaubaren Strukturen, geprägten Hierarchien und überholten Rollenzuschreibungen Hemmnisse für den eigenen Karriereweg verbergen. Das Mentoring-Programm will einen Beitrag zur Minimierung dieser Hemmnisse leisten. Über den Kontakt zu den Mentorinnen und Mentoren erhalten die sogenannten Mentees einen Einblick in die informellen Strukturen und Zugang zu Netzwerken und informellem Wissen.

Darüber hinaus kann die Herstellung einer tatsächlichen Gleichheit der Geschlechter nur gelingen, wenn Frauen in allen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungsgremien ihren Einfluss auf gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten wahrnehmen können.

Die Landesregierung hat daher bereits im Januar 2008 das Reißverschlussverfahren bei der Besetzung von Gremien eingeführt. Dort, wo die Landesregierung Einfluss nehmen kann, werden weitere Maßnahmen folgen, um Schritt für Schritt eine Parität in allen Gremien herzustellen. Flankiert werden diese gesetzlichen Regelungen durch bewusstseinsbildende Maßnahmen, wie zum Beispiel die im Oktober 2008 durchgeführte Tagung und der im Februar 2009 durchgeführte Workshop zu dieser Thematik.

Malu Dreyer  
Staatsministerin